



Ottensen, Altona, 23.5.2015

Kundgebung für Bürgerrechte am 28.5. um 17:00 Uhr vor dem Rathaus Altona

Schluss mit der Entmündigung! Bürgerwillen achten - Bürgerentscheide umsetzen!

Hamburg - das Musterland der Bürgerbeteiligung und Transparenz. Dieses Bild wird gern nach außen vermittelt. Das Referendum zu Olympia passt oberflächlich betrachtet gut in dieses Selbstbild.

In der täglichen Praxis ist die Aushebelung der Beteiligungsrechte der Bürger der Regelfall. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in den Bezirken werden zu Hauf geblockt, ausmanövriert und auf Landesebene durch den Senat oder die Verwaltung, z.B. die Stadtentwicklungsbehörde (BSU) einkassiert.

Dass in dieser Stadt nicht der politische Wille besteht, verfassungsmäßige Rechte der Bürgerbeteiligung auch in verbindliche Entscheidungen umzusetzen, wird in Altona gerade wieder tagesaktuell vorgeführt. Senat und Bezirksamt versuchen, zwei Bürgerentscheide unter den Tisch zu kehren.

Genug! Kundgebung am 28.5.2015 vor dem Rathaus Altona

Die Initiativen Pro Wohnen Ottensen e.V. und Altonaer Manifest rufen die Bürgerinnen und Bürger der Stadt auf, sich gemeinsam lautstark gegen diese Praxis der Entwertung von Bürgerrechten zur Wehr zu setzen. Der Auftakt dazu ist eine **Kundgebung am 28.5.2015 um 17:00 Uhr vor dem Altonaer Rathaus. Treffpunkt: Platz der Republik 1. Wir rufen weitere Initiativen und Organisationen auf: Schließt euch uns an!**

Anlass ist die Sitzung der Bezirksversammlung, die an diesem Tag den Umgang mit dem Bürgerentscheid „Platz zum Wohnen!“ auf der Tagesordnung hat. Wir wollen lautstark deutlich machen, dass wir uns weder durch das Bezirksamt noch durch den regierenden Senat die uns zustehenden Beteiligungsrechte nehmen lassen.

Wir als Bürger Altonas und Ottensens haben es angesichts der langen Serie negativer Erfahrungen (Bismarckbad, Buchenhofwald, IKEA, Spritzenplatz, Zeise-2) satt, wie in diesem Bezirk Bürgerrechte mit Füßen getreten werden.

Wir erkennen uns an zugeklebten Mündern, einer Sprechblase in der einen, einem lauten Instrument in der anderen Hand. Wir werden von weitem zu hören sein. Bringt Töpfe, Trommeln und Trompeten!

Wie ein Bürgerentscheid im Bezirk Altona funktioniert
<https://www.youtube.com/watch?v=Efy153mQfxI>

„Bürgerwillen verbindlich machen!“
Kleine Chronik des Bürgerentscheids
<http://www.altonaer-manifest.de/buergerbegehren-chronik.php>

Bürgerentscheid „Platz zum Wohnen!“
Aushebelung verfassungsmäßiger Rechte des Bürgerentscheids zum Zeise-Parkplatz und der Kontrollrechte der Bezirksversammlung mitten im Verfahren (Tonmitschnitt im Hauptausschuss der Bezirksversammlung vom 13.5.2015)
<https://soundcloud.com/regine-christiansen/2015-03-05-hauptauschuss>

Spritzenplatz: Doch ein futuristischer Glasbau für Ottensen?
Hamburger Abendblatt vom 19.05.2015: Behörde stoppt Bebauungsplan, der fünfstöckiges Glasgebäude am Spritzenplatz verhindern sollte. Rechtslage für Areal gilt als konfus.
<http://www.abendblatt.de/hamburg/altona/article205323497/Doch-ein-futuristischer-Glasbau-fuer-Ottensen.html>

[Der Hintergrund zu beiden Bürgerentscheiden auf der Rückseite >](#)



Der Hintergrund: die gängige Praxis - Fakten schaffen und Trickereien im Verfahren

Beispiel-1: Der Bürgerentscheid „Platz zum Wohnen!“ zur Bebauung des Zeise-Parkplatzes (Zeise-2)

Die Bürgerinitiative Pro Wohnen Ottensen e.V. hat diesen Bürgerentscheid erfolgreich durchgesetzt mit einem Bürgerbegehren (9.000 Stimmen). Die Bezirksamtsleitung trickst und täuscht seit 2014 im Verfahren und erteilt am 13.5.2015 eigenmächtig an den Kontrollgremien im Bezirksparlament vorbei die Baugenehmigung für den Hochbau des Bürokomplexes - mitten im Prozess des Bürgerentscheides, der sich gegen dieses Bauvorhaben richtet. Ziel: der Versuch, Fakten zu schaffen und den Bürgerentscheid auszumanövrieren.

Beispiel-2: Am 27.10.14 wurde der Bürgerentscheid „Bürgerwillen verbindlich machen!“ gewonnen.

Bis heute hat der Senat es nicht für nötig gehalten, sich damit auseinander zu setzen! Zuvor hatte bereits die Bezirksverwaltung nichts unversucht gelassen, um den Bürgerentscheid zu behindern. Fristen wurden bis zur Schmerzgrenze ausgereizt, die Abstimmung in die Ferien gelegt, Informationen und Vorgänge an die Initiative und deren Vertrauensleuten nicht weiter gegeben. Bis heute gibt es zu dem Bürgerentscheid „Bürgerwillen verbindlich machen!“ keine Antwort des Senates!

Wir unterstützen die Online-Petition „Rettet den Volksentscheid!“ von Mehr Demokratie e.V.

Im Windschatten der geplanten Olympiabewerbung von Hamburg will die neue Hamburgische Landesregierung aus SPD und Grünen mit Unterstützung von CDU und AfD die direkte Demokratie in Hamburg aushebeln. Sollte dies gelingen, wäre das ein schwerer Schlag gegen die gesamte Demokratiebewegung in Deutschland.

Der Hintergrund: In einem Schnellverfahren haben SPD, GRÜNE, CDU und AfD am 07. Mai 2015 in der Hamburger Bürgerschaft in erster Lesung eine Verfassungsänderung beschlossen.

Danach soll es künftig möglich sein, dass Bürgerschaft und Landesregierung Volksentscheide von oben, so genannte Referenden, beschließen. Das Besondere ist, dass sie sowohl den Inhalt als auch den Termin der Abstimmung selbst festlegen. Volksinitiativen zum selben Thema, aber mit anderer Zielsetzung sind praktisch nicht möglich. Es genügt der bloße Beschluss, zu einem bestimmten Thema ein Referendum durchzuführen, und schon sind Volksinitiativen zu diesem Thema nicht mehr zulässig.

Leisten Sie Widerstand!

Liebe Unterstützerinnen und Unterstützer, am **Dienstag, den 26.5.2015** wollen die Initiatoren die Petition an Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz übergeben. Bis jetzt haben über 46.000 Menschen unterschrieben.

Jetzt unterschreiben: <http://www.change.org/volksentscheide>

Widerstand leisten!

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Artikel 20

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Überparteiliche Bürgerinitiative Pro Wohnen Ottensen e.V.

www.pro-wohnen-ottensen.de und
neu: www.zeise-2.de
facebook.com/prowohnenottensen
twitter.com/prowohnin

Pressekontakt:
info@pro-wohnen-ottensen.de

Altonaer Manifest
33 Initiativen für eine sozial gerechte Stadtentwicklung
www.altonaer-manifest.de

Pressekontakt:
info@altonaer-manifest.de